

Erzbischof wandte sich an die politische Rechte und Linke des Landes und lehnte es ab, die Religion für wahlpolitische Ziele in Anspruch nehmen zu lassen. Wörtlich sagte er dazu: „Die Politik wird in unserem Land allzuleicht zu einem Religionskrieg. Die Gläubigen werden von allen Seiten aufgefordert, sich unter parteipolitisches Banner zu stellen.“ Wenn die Christen Pluralismus forderten, dürften sie sich nicht für irgendeine politische Entscheidung gewinnen lassen, ohne die „ethischen Forderungen des Evangeliums“ bei ihrer Wahl zu berücksichtigen. Kein Christ habe das Recht, seinen Glauben zu verraten, indem er eine politische Richtung unterstütze, deren Programm sowohl von der christlichen Verkündigung als auch von dem „menschlichen Gewissen“ abgelehnt werde. In seinem Schlußwort legte er dann den Hauptakzent auf das christliche Zeugnis der Solidarität, warnte vor Furcht und ermunterte zur Hoffnung. Dazwischen lagen für die 193 Teilnehmer und 8 Experten sechs Tage intensiver Diskussion von sieben Themenkreisen. In der Beschlußfassung rangiert eine Reform der „Instrumente der Katechese“ an erster Stelle. Die Bischöfe planen, einen Text zu erarbeiten, der den Erwachsenen als eine Art religiöser „Grundsatzkodex“ dienen soll und die wesentlichen Punkte des Glaubens enthalten sollte. Die Beibehaltung des schulischen Religionsunterrichts wurde mit der größten Stimmenzahl gefordert. Auch die Arbeit verschiedener katholischer Aktionsgruppen, die zunehmend politischen Charakter annehmen und sich besonders bei den Jugendlichen „marxistisch orientieren“ sollen, wurde eingehend behandelt. Die Bischöfe stimmten einem nur für die Bischöfe bestimmten Dokument zu dieser Frage zu, das nicht veröffentlicht wurde. Verschoben wurde die Entscheidung über eine Eingliederung des französischen Klerus in die allgemeine gesetzliche Krankenversicherung. Eine Kommission soll sich zunächst noch mit der Materie beschäftigen.

Vor einem neuen Nationalismus haben die Protestanten Japans gewarnt. Die presbyterianische „Kirche Christi in Japan“ veröffentlichte einen Appell an Kirchen und Christen in aller Welt, sie im Kampf gegen das Neuaufleben einer traditionellen „Götzendienerei“ zu unterstützen. Anlaß zu diesem Aufruf bie-

ten Versuche shintoistischer Kreise, den sogenannten Yasukuni-Schrein der Regierung zu übergeben und damit zu einem Staatsheiligtum zu machen. Einleitend heißt es in dem Appell, in den vergangenen hundert Jahren hätte sich die Kirche Christi in Japan beständig darum bemüht, eine wahrhaftige und gläubige Kirche in diesem asiatischen Land aufzubauen, das befangen sei in einer Mischung aus Verehrung und Anbetung für den Kaiser wie für die Seelen der Vorfahren. Im Gehorsam gegenüber dem Ersten Gebot habe man die „Götzendienerei unserer Nation“ bekämpft und sei nicht müde geworden, den schwierigen Dienst der Mission zu tun. Da sich jetzt jedoch einige Gruppen der japanischen Gesellschaft aktiv bemühten, den Yasuki-Shinto-Schrein, in dem die Gefallenen, speziell die Toten des Zweiten Weltkrieges, zum Gegenstand religiöser Verehrung gemacht werden, in die Obhut des Staates zu übergeben, müsse die Kirche heute erneut gegen solche Pläne angehen. Entwürfe für ein entsprechendes Gesetz seien seit 1969 schon mehrfach im Parlament eingebracht worden, bislang sei ihnen aber die Annahme verweigert geblieben, weil dies auf dem entschiedenen Widerstand gewissenhafter Bürger gestoßen sei, die von der christlichen Kirche geleitet wurden. Jetzt allerdings deute sich an, daß sich die Zahl der Japaner mehre, die sich dieser irrigen Bewertung des Zweiten Weltkrieges anschließen und auch die Auffassung unterstützen, die sich aus einer legalisierten kultischen Verehrung der Kriegstoten ergibt, nämlich daß der Kaiser „ein höheres Wesen sei“. Als die Truppen des Kaisers in der Vergangenheit Nachbarländer überfielen, hätten es die Christen des Landes versäumt, „eine klare Haltung gegen die üble nationalistische Politik einzunehmen“. Heute bereuten die Christen die in den Kriegsjahren begangenen Sünden aufs tiefste und bäten um Verzeihung. Das jetzige Eintreten für die Trennung von Religion und Politik sei der einzige Weg, das für dieses Land so nötige Grundrecht der Religionsfreiheit zu sichern. Die Verstaatlichung des Shintoismus und die gottähnliche Verehrung des Kaisers müßten von den Christen bekämpft werden, weil diese Bestrebungen zu einem „Ultranationalismus“ führen würden. Ausländische Kirchenführer werden gebeten, in ihren Ländern darauf hinzuwirken, daß Politiker oder Militärs bei offiziellen Besuchen in Japan sich nicht dazu verleiten lassen, den Schrein aufzusuchen.

Bücher

HEINRICH FRIES, **Ökumene statt Konfessionen?** Das Ringen der Kirche um Einheit. Verlag Josef Knecht, Frankfurt 1977. 168 S. 19.80 DM

Die Frage nach dem Verhältnis zwischen der Vielfalt der bestehenden Konfessionen und der gesuchten Einheit der Kirche ist so alt wie die ökumenische Bewegung. Immer schon gab es Ökumeniker, die in der überlieferten Gestalt der einzelnen Konfessionen vor allem ein Hindernis sahen, das auf dem Weg zur Einheit zu überwinden sei, und andere, denen es darum zu tun war, daß beim – grundsätzlich bejahen – Ringen um die Einheit das spezifische Glaubenszeugnis der konfessionellen Traditionen nicht nivelliert und seine Wahrheit vergessen würde – wie es natürlich immer auch Konfessionalisten gab und gibt, denen aus Angst um den Wahrheitsanspruch der eigenen Kirche jeglicher Ökumenismus suspekt ist. Gerade gegenwärtig ist diese Frage wieder einmal

von besonderer Aktualität, insofern sich in der ökumenischen Debatte zwei Modelle der Einheit gegenüberstehen: das in der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung entwickelte Konzept der „konziliaren Gemeinschaft“, das die Gemeinschaft der jeweils geeinigten, die Konfessionsgrenzen aufhebenden Ortskirchen ins Zentrum rückt, und die vom Lutherischen (neuerdings auch vom Reformierten) Weltbund vertretene „versöhnte Verschiedenheit“, die an der Vermittlung der konfessionellen Traditionen mit der Kircheneinheit interessiert ist. Heinrich Fries plädiert in seinem neuesten Buch für eine positive Zuordnung von Ökumene und Konfession. „Es kann... nicht darum gehen, Ökumene statt Konfessionen zu sagen und Konfessionen durch Ökumene zu ersetzen, sondern darum, die Konfessionen nicht in den kontroversen Gegensatz, sondern in eine positive Zuordnung zur Ökumene zu bringen. Die Aufgabe heißt: Wie kann es geschehen, daß die in den Kontroversen zum

Ausdruck gelangenden theologischen Differenzen nicht wie bislang zu Mauern werden, sondern zu Brückenfeilern, so daß die Konfessionen nicht zu Subjekten der Trennung, sondern zu Trägern einer legitimen Vielfalt werden?“ (119) Die Konfessionen sollen auf ihrem geschichtlichen Weg der Erneuerung und Umkehr „Träger eines legitimen Plurals in der einen Kirche“ werden, „Darstellung des Reichtums Jesu Christi, Manifestation der Katholizität“ (40ff.). In drei umfangreichen grundsätzlichen Kapiteln wird diese Option begründet, konkretisiert und mit dem aktuellen Stand der Dinge konfrontiert. Dabei wird zunächst die ekklesiologische Bedeutung des Zusammenhangs von Einheit und Vielfalt erörtert: die Einheit in der Kirche – auch im „Binnenraum“ ein und derselben Konfession – müsse so lebendig sein, „daß sie fähig ist, Spannungen auszuhalten, daß sie die Kraft der Anerkennung des Anderen und Verschiedenen hat, wenn immer im Verschiedenen die Übereinstimmung mit dem Grund aller Einheit gewahrt ist“ (32). Uniformität entspricht der der Kirche vorgegebenen und aufgegebenen Einheit ebensowenig wie ein sich verselbständigender Pluralismus. Ein zweites Kapitel beschreibt nüchtern die ökumenische Entwicklung der letzten Jahre, wobei hoffnungsvolle Ansätze ebensowenig verkleinert wie „Gegenströmungen“ beschönigt oder verharmlost werden. Als Hauptprobleme werden die zu geringe Rezeption dessen, was im ökumenischen Gespräch auf allen Ebenen erreicht wurde, und die mangelnde Bereitschaft zu praktischen Konsequenzen benannt. Ein drittes Kapitel zeigt, wie die Arbeit an den klassischen Kontroversfragen dahin geführt hat, daß sie heute „nicht mehr kirchentrennend, sondern eine Differenz im Gemeinsamen“ sind (131). Die Schwierigkeiten liegen – so Fries – vor allem in der Eigengesetzlichkeit vieler nichttheologischer Faktoren, die sich paradoxerweise oft um so stärker bemerkbar machen würden, je weiter der theologische Konsens gedeiht. In zwei abschließenden Kapiteln über „geistlichen Ökumenismus“ sowie über John Henry Newman als „Wegbereiter der christlichen Einheit“ kommt zum Ausdruck, daß – bei aller Notwendigkeit der theologischen Arbeit – kein Weg zur Einheit der Kirche führt ohne die Begegnung in Gebet und Gottesdienst und ohne Personen, die die Sache der Ökumene zu der ihren machen. Das Buch ist ein exemplarisch gelungener Versuch, das Thema Ökumene aus den Zirkeln speziell Interessierter heraus dorthin zu bringen, wohin es gehört: in die Öffentlichkeit der ganzen Kirche.

H. G. K.

WILFRIED JOEST, **Gott will zum Menschen kommen.** Zum Auftrag der Theologie im Horizont gegenwärtiger Fragen. Gesammelte Aufsätze. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1977. 169 S. Kart. 34.– DM.

Der lutherische Ökumeniker legt aus seinem Schaffen ältere und neue unveröffentlichte Aufsätze zu Fragen vor, die immer noch zentrale Fragen sind und die um das unerledigte hermeneutische Problem (die „verwilderte existentielle Interpretation“) kreisen. Zunächst über das „Personale“ des Glaubens, Barth und Bultmann, Thesen zur existentialen Interpretation. Sodann die Konkretionen dieser Probleme in der „Frage nach der Transzendenz Gottes“, nach „Gott der Schöpfer und der Kosmos“. Zum Verhältnis von „Theologie und Naturwissenschaft“ mit der Interpretation der biblischen Urgeschichte; „Adam und wir“ und der Sündenfall, der nicht nur je jetzt geschieht, sondern einen Anfang hatte, aber in der Zeit. Unveröffentlicht sind „Die Allmacht Gottes und das Leiden der Menschen“ (1975), von brennender Aktualität, und „Die Gegenwart Gottes in dem Menschen Jesus“, zur Interpretation des christologischen Dogmas (1977). Zur

Allmacht: Nicht „Deus, sive natura, sive fatum“. Gott verhängt nicht das Leid, er läßt es zu, er will nicht den Tod des Sünders. Er ist identifizierbar in Jesus Christus, der das Leid bekämpfte. Die Gnade ist nicht die große Ausnahme neben dem „Zorne Gottes“, der den Menschen an die Sünde dahingibt, heute erschreckend zu erfahren! „Wir sollten uns definitiv entschließen, nicht zu wissen, woher das Böse seine Wirklichkeit und Wirksamkeit hat.“ Wir müssen es nicht verstehen. „Ist die einzig wesentliche Frage nicht vielmehr die, ob und wie das Böse überwunden wird?“ (155) Man sollte diesen Beitrag mit den Nachrichten der Zeitung lesen und sich hüten, unfassbar Getroffene mit Blabla zu trösten. Die Interpretation des christologischen Dogmas rückt von der „Naturenchristologie“ ab und schlägt eine „Relationschristologie“ vor: nach den Evangelien ist Jesus wahrer Mensch vor Gott, aber insoweit Gott mit ihm ist, wird er für uns wahrer Gott. „Der Mensch Jesus ist das Personsakrament der die Sünder annehmenden, ihre Unannehmbarkeit durchbrechenden Gemeinschaftsaufnahme Gottes mit dem Menschen“ (166). Darin folgt Joest weitgehend dem von ihm zitierten *Eberhard Jüngel*. Das Buch ist eine gute, sorgsam denkende Führung durch Fragen, mit denen ein Christ oft nur schwer fertig wird, eine verständliche Führung. J. P. M.

HERMANN TALLEN, **Die Auseinandersetzung über § 218 StGB.** Zu einem Konflikt zwischen der SPD und der Katholischen Kirche. Verlag Ferd. Schöningh, Paderborn 1977. 375 S. 36.– DM.

Hermann Tallens Dissertation (sie wurde von der Philosophischen Fakultät Münster angenommen), die in den von Wilhelm Weber und Anton Rauscher herausgegebenen „Abhandlungen zur Sozialethik“ erscheint, ist die erste Gesamtdarstellung des Konflikts zwischen Kirche und Regierung bzw. zwischen Kirche und SPD von ihren Anfängen mit Beginn der sozialliberalen Koalition bis zum Verfassungsgerichtsurteil vom 25. 2. 1975 über die Fristenregelung und zur parlamentarischen Neuverhandlung über die jetzt geltende Gesetzgebung und ihre endgültige Verabschiedung im Juni 1976. Das letzte Kapitel über die Zeit von Oktober 1975 bis Juni 1976 ist nachgeschoben, da die Arbeit im Frühjahr 1975 abgeschlossen war. Die eigentliche Absicht der Arbeit ist die Darstellung der Auseinandersetzung um den § 218 als Konflikt zwischen SPD und katholischer Kirche. Die Rolle der F.D.P. als Partei bei der Reform des Abtreibungsparagraphen wird von der Studie so gut wie ausgespart bzw. nur berücksichtigt, sofern sie sich auf parlamentarischer Basis abgespielt hat. Das ist insofern ein Manko, als ja gerade die F.D.P. von Beginn an treibende Kraft der Reform in Gestalt der Fristenregelung war. Obwohl dieser Ansatz für eine Gesamtdarstellung etwas schmal ist, bringt die Arbeit von Tallen doch zugleich eine Gesamtdarstellung des Werdegangs der Reform und der darin implizierten Konflikte, wobei die Liebe zum Detail offenbar Vorrang hat vor der Kennzeichnung der wesentlichen Linien. Nicht jede der Äußerungen von Journalisten, Priestergruppen oder auch einzelner Professoren war für den parlamentarischen Gang der Beratung oder auch für die Auseinandersetzung zwischen katholischer Kirche und Regierungsparteien so bedeutsam, daß sie detailliert aufgeführt werden müßte. Es war aber offenbar Ziel der Arbeit, möglichst vollständig zu dokumentieren. Entsprechend hält sich der Autor auch mit kommentierenden Bemerkungen zurück. Zustimmung wird man dem Gesamturteil des Autors, daß die Positionen von beiden Seiten im Grunde von vorneherein festgelegt waren und für Kompromisse wenig Chancen bestanden. Die Bischöfe betrachteten die Reform als prinzipielle Angelegenheit